

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (mit Post) 2 RM. (Halbmonat 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfachnummer Dresden Nr. 15690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang

Dienstag, den 24. Mai 1927

Nummer 120

Der SPD-Parteitag in Kiel

Koalitionsbereit — staatserschütternd

Kein Platz für die Opposition.

R. R. Der Kieler Parteitag der SPD zeigt der gesamten Arbeiterklasse mit aller Deutlichkeit, daß die bisherige Politik der Koalition auch in Zukunft fortgesetzt werden wird. Die Illusionen, insbesondere der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter, auf eine Eroberung und Umstellung der Partei, dürfen schon jetzt zerflattert sein. Wenige Tage vor dem Beginn des Parteitages hatte der „linke“ Böchel einen Artikel veröffentlicht, in dem er an Liebes „Oppositionsfundgebung“ anknüpfend erklärte, daß die SPD jetzt in die Opposition gehen werde. Hermann Müller hat auf dem Parteitag in Kiel die klare Antwort gegeben, die SPD war zur **Mitverantwortung an der Regierung bereit**. Auch weiterhin ist die SPD zur Koalitionspolitik bereit. Zu der am meisten in allen Anträgen diskutierten Frage, der Koalition in Preußen, die für die SPD-Arbeiter der Gradmesser der nächsten Politik ist, erklärte Müller, daß sie aus dieser Koalition freiwillig nicht herausgehen werden. Die Linie der SPD-Politik bleibt die alte. In die Opposition wollen die SPD-Führer nur gezwungen gehen. Die Taktik bleibt dann aber darauf abgestellt, wieder in die neue Regierung hereinzukommen. Die staatserschütternde Politik auf dem Boden der kapitalistischen Republik mit Kautzerien um Ministerposten, das ist das Kennzeichen aber aller politischen Kunst der SPD.

Das wurde in den zwei Verhandlungstagen endgültig festgelegt. Daran wird nicht gerüttelt. Was Müller politisch ausführte, wurde durch Otto Wels in dem Bericht des Parteivorstandes nochmals besonders unterstrichen. Mit aller Brutalität erklärte Wels den „Linken“, daß es „ein Heimatsrecht für die Opposition in der Partei nicht geben dürfte“. Gegen die SAJ soll mit aller Schärfe vorgegangen werden. Denis Korrespondenz wurde mit aller Schärfe abgelehnt. Die „Linken“ selbst aber, sie werden auf dem Parteitag nicht stark in Erscheinung treten. Besonders jetzt, nachdem Wels ihnen angekündigt, daß sie herausfliegen werden, wenn sie nicht brav sind, werden sie nicht den Mut zu einer Auseinandersetzung haben, aber auch nicht den Willen. Ein paar Niederlagen müßten die „Linken“ schon einstecken, bevor sie überhaupt zu Worte kamen. Man wählte keinen von ihnen in den Vorstand. Das Referat, das Levi über den Imperialismus halten wollte, das die Opposition forderte, wurde abgelehnt. Hermann Liebmann sprach dann für die jüdischen Linken. Keine scharfe Kritik an den jüdischen und grundsätzlichen Dingen, sondern Liebmann jammerte nur darüber, daß der Parteivorstand brutal gegen die „Linken“ vorgehe. Er verwies auf die Verdienste der Linken, die in kritischen Zeiten die oppositionellen Arbeiter an die Partei gefesselt haben. Niemand könne eine Opposition bilden, die eine Organisation schaffe, auch die „Linken“ seien gegen eine solche organisierte Opposition. Liebmann schließt damit die SAJ, die Kodesme- und Rußlandsdelegierten ab. Was es doch der „Linke“ Fleischer, der den Ausschluß der weltjüdischen SAJ-Opposition durchführte. Das, was er zur Kritik an der Preußenkoalition sagte, war sehr schwach.

Der Parteivorstand schickte gegen Liebmann den preußischen Ministerpräsidenten Braun vor. Braun hielt den „Linken“ ihre Sünden vor. Rosenfeld habe als preußischer Justizminister das Vermögen der Hohenzollern sichergestellt. Die Linken in Sachsen haben der Abfindung der Wettiner zugestimmt. Daß Braun dabei „das alte, von den „Linken“ selbst erfundene Märchen über die Haltung der Kommunisten bei der Wettinabfindung wieder aufwärmt, hat nicht viel zu sagen, das wurde oft genug richtiggestellt.

Das Wichtigste für die jüdischen oppositionellen SPD-Arbeiter, was der Parteitag bisher schon ergeben hat, ist, daß die rechte Führerclique den Parteitag beherrscht, die Koalitionspolitik im vollen Umfange weitergeführt wird. Die Kommunisten haben das zwar von Anfang an betont, die SPD-Kollegen wollten uns das aber nicht glauben, sie hatten Illusionen auf die Eroberung der SPD.

Welche Rolle spielen nun die Linken gegenüber den SPD-Arbeitern in Sachsen? Sie übernehmen die Aufgabe, abzumildern und zu beschönigen. In einer klug nichtsjüdischer Redensarten sollen die tatsächlichen Vorgänge von Kiel verkleinert werden. Mit einem solchen Verlauf des Parteitages hatten sich die Linken schon abgefunden. Sie verstanden sich hinter die momentane, aufgezwungene Oppositionsstellung im Reich. Am Sonnabend schon kündete die Volkszeitung an:

„Es ist unwahrscheinlich, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag, der morgen in Kiel beginnt, scharfe Gegensätze hervortreten.“

Zu der umstrittenen preußischen Koalition, gegen die Derm. Fleischer und Böchel noch kurz zuvor heftige

Wels droht der Opposition

Scharfe Stellung gegen die SAJ / Schwache Haltung der Linken

Kiel, 24. Mai.

Am Anfang des ersten Sitzungstages des Beginns des Berichtes des Parteivorstandes erfolgte die Begrüßungsansprache. Es sprach der russische Reichsdeputierter Abramowitsch. Der erklärte, daß er von seinen Erfolgen seiner Partei berichten könnte. In ihren Tropenbedingungen sind die Menschewiki vorrückter geworden. Abramowitsch erzählt diesmal nichts vom Untergang des Bolschewismus, sondern spricht nur von einer tiefen Krise, der Rußland entgegenstehe. Der polnische Vertreter Chaplin spricht davon, daß alle Beziehungen zwischen Deutschland und Polen friedlich geregelt werden könnten. Der erste Schritt zur Annäherung sei der Abschluß eines Handelsvertrages. Wichtig war die Antwort von Wels auf Abramowitsch, die eine formulierte Stellungnahme des Parteivorstandes zur Interventionsgefahr enthielt. Wels erklärte: Wir werden alles tun, daß der englisch-russische Gegenstand nicht auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wird. Die außenpolitische Gefahr kann der russische Bolschewismus nur abwenden, wenn er die bisherige Taktik des Terrors aufgibt und sich zur Demokratie bekennt. Nur auf diesem Wege kann die russische Regierung eine zehnjährige Unterdrückung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Europas erhalten. — Man sieht, daß die sozialdemokratischen Führer angelehnt der internationalen Kriegsgefahr geworben sind, ihre antibolschewistische Politik vor den Massen durch einige Phrasen zu verschleiern. Nach der Bekanntgabe des medienbürgerlichen Wahlergebnisses erklärte Wels den politischen Bericht des Parteivorstandes. Er erklärte einleitend, daß die grundsätzlichen und taktischen Fragen im Referat Hilferdings behandelt wurden. Die Taktik des Parteivorstandes im Bolschewismus habe verhindert, daß ein Riß durch die Partei gegangen sei. Der Abschluß des Hohenzollernvergleichs bedeutet die Flucht des preussischen Staates vor den preussischen Richtern. Es war unmöglich, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion die preussische Regierung stürzte. Diese Regierung habe verhindert, daß 1923 Deutschland ins Dunkel gestürzt sei. Das Zusammenfallen von Hohenzollernvergleich und Verbotsverbot gab die Möglichkeit, den Stolz aufzulassen, der aus dem Widerstand breiter Volksschichten gegen die Politik der Partei entstand. Zum Schluß des Referats erklärte Wels, daß es nicht möglich war, die Einheit aufrechtzuerhalten. Gegenüber einem Leipsiger Antrag, der das Auftreten Gröselnits beim Tode des Generals Weisberg für unwürdig beurteilt, erklärt Wels, daß die Mitglieder der Partei nicht ogeffert seien. Er fragt: Haben wir die Arbeit unserer Gegner zu befragen? — Die oppositionellen Anträge würden in der kommunistischen Presse abgedruckt. Anschließend macht Wels einen scharfen Angriff auf Levi, dessen Korrespondenz eine Zeitung geworden sei. Wo nehmen diese Leute die Berechtigung her, den Schulmeister der Partei zu spielen? Die Partei darf nicht der Deklamation für andere Absichten sein, die von außen in die Partei hineingetragen werden.

In der Partei könne es kein Heimatsrecht für eine geschlossene Opposition geben.

Wels schildert dann eine Sitzung der Friedensgesellschaft unter dem Vorbehalt eines Sozialdemokraten, in der mit der Gründung einer neuen Partei gedroht worden sei. Er wende sich gegen die Teilnahme von Sozialdemokraten an dieser überparteilichen Organisation. Man spürt überall die Spuren von Moskau. — Die Frage nach dem mangelnden Nachwuchs der Partei sucht er damit zu beantworten, daß die Partei bisher die jungen Kräfte dem Reichsbanner überlassen müßte. Jetzt sollte man die Reichsbannerleute und Arbeiterpolitiker in die Partei hineinziehen. Die jungsozialistische Bewegung sei immer noch von Richtungsstreit befreit. Der Parteivorstand hat die Reichsleitung der Jungsozialisten dem Zentralbildungsausschuß unterstellt. In der SAJ müßte ein scharfer Schnitt gemacht werden. Ausführlich behandelt hierauf Wels die zahlreichen Beamtenanträge. Der Streit zwischen den beiden Beamtenorganisations habe sich verschärft. Der Parteivorstand verweigere alle Anträge abzulehnen, die den Austritt aus dem DDB verlangen. Wels schlägt eine Entschließung vor, in der gesagt wird, daß diejenigen Mitglieder der SPD die es ablehnen,

aus dem DDB auszutreten, in der Partei nicht benachteiligt werden dürfen. Nachdem Wels die Unmöglichkeit der Schaffung eines besonderen Berliner Lokalblattes erklärt, geht er zu einer Debatte gegen die SAJ über. Er erklärt, die SAJ sei eine Kriegserklärung. Die wahre Mitgliederzahl der SAJ betrage 88 000. Man sehe deutliche Zeichen des Verfalls. Die marxistische Koalitionshaltung, mit der die Kommunisten auf ihrem letzten Parteitag einen zehnjährigen Kampfkämpfer als Sozialdemokrat kostümierter auftreten ließen, sei nur ein Kampfmittel für politische Kinder. Die Einheitsfront sei für die Kommunisten selbstverständlich nur ein Mandat, die Sozialdemokratie zu spalten und zu schwächen. Je mehr Jahre ins Land zögen, desto weiter rüste die Möglichkeit einer Einigung mit den Kommunisten. Der rollende Kubel von Moskau sei die einzige Kraft, die die kommunistische Bewegung in Gang erhalte. — Wels wendet sich dann gegen den Preussener Antrag, der die Wiederannahme der ausgeschlossenen Rußlands- und Kodesme-Delegierten verlangt. Die beherrschende Tendenz des Parteivorstandes war darauf gerichtet, neben der Debatte gegen die Kommunisten zu verfahren, die Opposition lächerlich zu machen und zu diskreditieren, gleichzeitig jedoch den Ausschluß zu erwirken, als ob die SPD geschlossen sei. Doch immer gerade die Neugierigen von Wels, daß die Kräfte innerhalb der SPD bei Heideberg nicht schwächer geworden sind, sondern sich verschärft. In keiner ganzen Rede mußte Wels sich mit Angriffen auf den Parteivorstand auseinandersetzen. Er war sogar gezwungen, sich mit offenen Spaltungsintentionen zu beschäftigen.

Nach dem politischen Bericht gab der Kaiserer Ludwig den Kräfte- und Organisationsbericht. Zu der Forderung, daß die besserbetenteten Parteigenossen zu höheren Parteiarbeiten heranzuziehen seien, erklärte er, die Partei werde vom Grundsatze des einheitlichen Parteitarbes nicht abgehen. Erhöhte Dienenbezüge vorzunehmen, wie es in verschiedenen Ländern gefordert wurde, seien abzulehnen. Nach der Mittagspause sprach Schula über die Bildungsarbeit und über die Gründung einer sozialistischen Kulturgruppe, er veranlaßte die Konfessionsfrage. Frau Juchacz brachte die auf Parteitarbes üblichen Fragen und Wünsche der Frauen vor. Als erster Diskussionsredner zum Vorjahrenbericht sprach Rosenfeld. Er wies die Angriffe von Wels auf die Meinungsfreiheit und die Parteikorrespondenz zurück und verlangte, daß die Meinungsfreiheit für die Opposition auch im Vorwärts hergestellt wird. Unter lebhaftem Beifall behauptet er, daß die Parteikorrespondenz notwendig sei. Er schloß vor, daß der Parteivorstand eine Rundfrage vornimmt, wie viele Genossen auch nur einen Artikel der „Gesellschaft“ gelesen haben. Rosenfeld vermahnt sich gegen die demagogischen Angriffe von Wels. Eine Woslawer Diktatur gebe es für sie nicht, auch nicht, wenn sie von Wels kommt. Kunkler-Berlin begrüßte einen Antrag, der ein Lokalorgan für die Berliner Organisation verlangt, nicht aber dann infolge des Jurekens von Wels den Berliner Antrag zurück um die Durchführung der Parteitarbes zu überlassen. „Ich habe mich stets gegen die linken organisatorischen Zusammenfassungen gewandt, aber wir können organisatorische Zusammenfassungen von rechts herstellen. Die Organisation für Republik und Sozialismus unter Führung von Kurt Heine ist eine desorganisatorische Zusammenfassung der rechten Opposition.“ Weiter wendet sich gegen die Haltung der preussischen Landtagsfraktion im Hohenzollernvergleich Liebmann (Sachsen) erklärt: Der Parteivorstand hat heute das Schwere ausgesprochen: Kampf gegen die Opposition. Es sind deutliche Zeichen dafür vorhanden, daß der Parteivorstand die Meinungsfreiheit aufs Schwerste bedroht. Der Beweis ist der Fall Halle. Der Parteivorstand berät die Bestreitung aller Geschäfte vor, damit er in die Redaktionen Leute lassen kann, die ihm politisch genehm sind. Wir wollen nicht dazwischen, daß die Opposition sehr oft die breiten Massen bei der Partei gehalten hat. Otto Bauer verteidigt den Hohenzollernvergleich. „Es gibt keine Meinungsfreiheit an und für sich, sondern nur für die Partei. Das bedeutet, daß öffentliche Auseinandersetzungen eine gewisse Einschränkung erfordern. Sagen Sie das Schulbeispiel dafür, wie es nicht gemacht werden soll.“

Angriffe in der Volkszeitung erhoben, schrieb diese Volkszeitung am Sonnabend nur noch ganz zahn:

„Wir wissen, daß unsere dortige Landtagsfraktion für ihre Haltung gewisse Gründe anführen kann, denn die Regierung des großen Bundesstaates ist eine Koalition von ungeheurer Bedeutung, aber der Parteitag wird zu prüfen haben, ob die Rechte dieser Koalition nicht dort die Vorteile überwiegen.“

Schon hier legten die „Linken“ wieder einmal ihr grundsätzliches Bekenntnis zur Koalitionspolitik ab. Die preussische Taktik scheint ihnen nur nicht geeignet, die Massen zu halten. Das war auch der Grundton der Liebmännischen Kritik in Kiel. Die Rechten antworteten den Linken darauf mit Spott und Hohn. Die Halbheit wird der Lächerlichkeit preisgegeben.

Aber auch die Berichterstattung über den Aufruf zum Parteitag haben die „Linken“ zum Rang der Arbeiter in Sachsen abgestellt. Die jüdischen Arbeiter stehen und drängen vor roten Fahnen. In Kiel aber legte die SPD ein Bekenntnis zur schwarz-rot-goldenen Republik ab. Der „Volksstaat“ berichtet über die Aufmachung:

„Die Farben, unter deren Zeichen der Parteitag steht, sind — zum erkennbaren Verger der jüdischen Delegation — Schwarz-Rot-Gold, nicht Rot. Das ist immerhin symbolisch.“

Der Dresdner Anzeiger berichtet aus Kiel:

„Alle hundert Meter sind große schwarz-rot-goldene Wegweiser aufgestellt, die die Richtung nach dem Gemarkungshaus und der Lententstraße und weiter nach der Karbolschalle zeigen. Aber auch Fahnen sieht man genug; wenige zwar nur in den großen Straßen, aber in der Gegend der genannten Tagungsorte hängen sie in dichten Reihen. Schwarz-rot-gold sind sie immer. Rote Fahnen sieht man nur an einigen Stellen in der Lententstraße, und das beachtet der Sachse, der nur die Demonstrationen der jüdischen Sozialdemokraten gemocht ist, bemerkt vielleicht auch, daß bei den Umzügen, die sich zur Eröffnung des Parteitages zur Karbolschalle bewegen und die große Menschenmassen auf die Straße drücken, sogar einmal der bekannte Marsch gespielt wurde, der auf das Deutschlandlied endet. Ob die jüdischen Linkssozialisten von solchen Eindrücken in dem als Ausgangspunkt der Revolution gefeierten Kiel nicht etwas enttäuscht sind?“

Die Sachse delegations scheint aber keinesfalls enttäuscht zu sein, sie hatte den jüdischen Dichter Barthel